

**Afghanistan** Die Machtübernahme der Taliban beschäftigt nicht nur die USA. Auch die Nachbarn könnten sich in Netzwerken von Dschihadisten, Warlords, Drogenhändlern oder als Flüchtlingen getarnten Untergrundkämpfern verfangen. Ein Krieg nach dem Krieg ist durchaus möglich

## Kein Emirat mit uns

**Zentralasien** Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan schotten sich gegen die Taliban vorerst ab. Ihre eigene Stabilität ist in Gefahr

■ **Lutz Herden**

Undenkbar, dass Afghanistan je von der sicherheitspolitischen Agenda der postsowjetischen Staaten Zentralasiens verschwunden wäre. Nie in den vergangenen drei Jahrzehnten gab es dazu nur den geringsten Anlass. Bei einer mehr als 2.400 Kilometer langen Grenze, die Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan von Afghanistan trennt oder mit dem südlichen Nachbarn verbindet – je nachdem –, eine durchaus nachvollziehbare Perspektive. Zu groß die Furcht vor islamistischer Infiltration oder militanten Dschihad-Netzwerken in den Grenzregionen, wenn diese zum Rückzugsort für versprengte Taliban oder andere Formationen zu werden drohen. Überdies rumorte die Gefahr, in den Sog eines afghanischen Staatsverfalls zu geraten oder Transitrouden des internationalen Drogenhandels nicht mehr kontrollieren zu können.

### Militärmanöver an der Grenze

Besonders Usbekistan und Tadschikistan hatten nach der Unabhängigkeit von 1991 Jahre eines militanten muslimischen Widerstandes zu überstehen, der von einer „islamischen Wiedergeburt“ als Ausdruck religiöser Erweckung träumte. Höchstes Ziel etwa der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) war wie für die Glaubensbrüder in Afghanistan ein Gottesstaat, dem die Gesetze des Korans heilig sind. Zwar wurden die Aufstände mit aller Härte bekämpft, doch ging des Gespenst einer Talibanisierung weiter um. Oder wurde als Menetekel beschworen. Die Präsidenten Islam Karimow in Taschkent und Emomalij Rahmon in Duschambe verteidigten ihren Machtanspruch und ihr säkulares Mandat für Republiken, die in neuen Verfassungen der islamischen Grundierung ihrer Gesellschaften Rechnung trugen, ohne sich auf den religiösen Charakter einer Staatsordnung festzulegen.

Insofern dürfte eine künftige Regierung in Kabul durch die Anrainer im Norden daran gemessen werden, ob sie Subversion unterbindet oder im Gefühl des Triumphes offen oder stillschweigend gutheißt. Dass es keinen Revolutionsexport geben werde, hat eine Taliban-Delegation Anfang Juli in Moskau gegenüber Außenminister Sergej Lawrow und dem russischen Afghanistan-Emissär Samir Kabulow mit Nachdruck bezeugt. Eine Botschaft, die sich gleichermaßen an Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan richtete. Deren Anlehnungsbedürfnis an die Russische Föderation mag Konjunkturen unterworfen sein, aber Partnerschaft bis hin zu militärischem Beistand bleibt ein Gebot nationaler Sicherheit. Sosehr sich auch Usbekistan – mit 34 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichstes Land im postsowjetischen Zentralasien – selbst als Regionalmacht sieht, vermeidet es ein von Resentiments belastetes Verhältnis zu Russland.

Dessen Armee unterhält in Tadschikistan mit der 201. Schützendivision und anderen Kräften eine der größten Militärbasen außerhalb des Landes. Zusammen mit einheimischen Streitkräften rückten diese Verbände allein im August zweimal zu Manö-

### Russland räumte seine Botschaft nicht – die Taliban gaben Garantien

sodass eine paritätisch besetzte Nationale Versöhnungskommission schon Ende 1998 aufgelöst werden konnte. Angetastet wurde die Eintracht der Gegensätze seither durch, aufgekländigt nie. Woran der Nachbar Afghanistan als abschreckendes Beispiel eines „Failed State“ Anteil hatte. Damit wurde, dass in Tadschikistan die ökonomische Malaise – vier Fünftel der Bevölkerung hangeln sich entlang der Armutsgrenze durchs Leben – und ein Ausband an Korruption einen islamistischen Untergrund nicht verstummen lassen. Der blieb dank der illegalen Hezb ut-Tahrir (Partei der Befreiung) Aufreife zum Sturz eines „Regimes der Schand“ selten schuldig. Die „Standhaften“, hieß es da, sollten die präidententreuen Clans in der Südregion entmachten, wo der Wegezoll für die Drogenrouten aus Afghanistan als Einnahmequelle geschätzt ist. Wer weiß? Das afghanische Exempel dieser Tage könnte für die Hezb ut-Tahrir,

selbst die in Duschambe mitregierende Partei der Wiedergeburt mittlerweile ein anspruchsvolles sein.

Allerdings sollte allein die Bindung an Russland bewirken, dass Tadschikistan jeder fundamentalistischen Versuchung widersteht. Die Regierung in Duschambe – mehr als die in Taschkent – vertraut denn auch russischer Federführung, wird über den Umgang mit den Taliban entschieden. Dabei handelt die Regierung in Moskau nach dem Axiom, dass die drei zentralasiatischen Republiken in geopolitischer Hinsicht Puffer- und Transitstaaten sind. Das heißt, so wie dort Einfluss aufrechterhalten wird, lässt sich Einfluss auf Afghanistan ausüben, sowohl als externer Akteur wie im direkten Kontakt mit den Taliban. Als die am 15. August in der afghanischen Hauptstadt in Erscheinung traten, um sie zu übernehmen, sah Botschafter Dmitri Schirnow keinen Grund für hektischen Aktionismus, ließ er weder Diplomaten ausfliegen noch die Botschaft räumen. Schirnow teilte lediglich mit, die Sicherheit der Mission werde von den neuen Autoritäten garantiert, sie seien auf ein gutes Einvernehmen bedacht.

Man muss dazu wissen, dass Russland seit 2007 wieder diplomatische Beziehungen mit Afghanistan unterhält, es seit 2011 den vom damaligen Staatschef Dmitri Medwedew ernannten Sonderemissär Kabulow gibt und Offerten unterbreitet wurden, eine Kooperation aufzufrischen, die in Zeiten vor der sowjetischen Intervention 1979 zurückreicht, als die Demokratische Volkspartei des Premierministers Nur Mohammed Taraki einer säkularen Agenda des Aufbruchs folgte. Von 142 Projekten war die Rede, deren Wiederaufnahme häufig daran scheiterte, dass internationale Finanzgarantien ausblieben oder die afghanische Regierung abzwinkte.

### Visitenkarten hinterlegt

Dennoch schien Anfang 2011 die von beiden Staaten gewünschte Normalisierung weit gediehen. Präsident Hamid Karzai wurde mit dem Gros seiner Minister in Moskau vorstellig, um mehrere Abkommen zu unterschreiben. Der bis 2014 regierende, immer wieder vergeblich auf Souveränität gegenüber den Amerikanern beharrliche Karzai war in der russischen Führung wohlgefallen. Ganz anders als Nachfolger Aschraf Ghani, den man nicht im Geringsten für legitimiert hielt, da er zweimal durch offenkundig manipulierte Wahlen 2014 bzw. 2019 das Amt erst übernahm und dann nicht mehr hergeben wollte.

Unabhängig davon, zu welcher Regierung die Taliban fähig sind – störungsfreie Beziehungen mit Russland und den nördlichen Nachbarn sind kaum zu erwarten, eher Koexistenz und Abschottung. Russland dürfte sich auf das während des Moskau-Besuchs an Hamid Karzai gegebene Versprechen berufen: Kein russischer Soldat werde jemals wieder afghanischen Boden betreten. In Taschkent und Duschambe könnte man daran erinnern, das kein usbekischer oder tadschikischer (auch kein turkmenischer) Militär je für die Besatzungstruppen am Hindukusch rekrutiert war. Diese Visitenkarten sind in Kabul verbindlich hinterlegt.



KARTE: DER FREITAG

## Gestorben wird woanders

**USA** Die Supermacht gewinnt fast immer, auch in Afghanistan hat sie ihr wichtigstes Ziel erreicht

■ **Konrad Ege**

Es war ein Krieg mit enthusiastischer Zustimmung in den USA zu Beginn und mit wenig Unterstützung am Schluss. Doch sind die geläufigen Thesen von schwerem Schaden für die US-Macht durch das Scheitern in Afghanistan mit Vorsicht zu genießen. Es ist komplexer. Imperien vergehen irgendwann einmal. Doch eine dominierende Nation wie die Vereinigten Staaten beansprucht das Privileg, sich Fehleinschätzungen leisten zu können. Die verspätete Vorbereitung auf die Evakuierung ist schwer zu verstehen. Der Abzug selber war nach fast 20 Jahren Krieg und dem Einsatz von 800.000 US-Soldaten kein Fehler. Friedensgruppen verlangen ihn doch schon seit Jahren.

US-Fortschrittillusionen von erstarken afghanischen Streitkräften sind hinreichend dokumentiert. Sicherheitspolitisch gilt jedoch ebenso, dass der von George W. Bush ausgerufenen weltweite Krieg gegen den Terrorismus von America-First-Standpunkt her ein großes Ziel erreicht hat: Seit dem Zusammenbrechen des World Trade Center am 11. September 2001 hat es niemand mehr geschafft, das Heimatland anzugreifen. Gestorben wird woanders.

Die professionellen Streitkräfte, die besten und am besten ausgerüsteten weltweit, wie US-Politiker sagen, kämpfen weit entfernt vom Alltag der allermeisten US-

Amerikaner. Am Flughafen in Kabul sind die mutmaßlich letzten gestorben, elf Männer, zwei Frauen. Manche zu jung, um legal ein Bier zu kaufen. In Zeitungen der Wohnorte ihrer Eltern ist zu lesen von Söhnen und Töchtern, die gern beim Militär waren. Rylee McCollum aus Bonduart, weit draußen auf dem Land im Wyoming, war ein „tougher, liebevoller Junge“, wird seine Schwester in der Zeitung *Casper Star Tribune* zitiert. Deagan Page aus Nebraska habe den „Bruderbund“ der Marineinfanteristen geliebt, teilt seine Familie mit. Marineinfanteristin Nicole Gee postete Tage vor ihrem Tod ein Foto von sich in Kabul mit einem Baby. Kareem Nikou schickte seiner Mutter Shana Chappell ein Bild von sich am Flughafen vor einer Barriere und Stacheldraht. Chappell hat dieses letzte Foto von ihrem Sohn auf Instagram gepostet. Warum tue ihr Gott dieses Leid an?

### Heute ist China wichtiger

Gemeinsam ist den jungen Gefallenen, dass sie weit entfernt sind von den Denkbriken und Talkshows, bei denen von der angeblich bedrohten Glaubwürdigkeit der USA gesprochen wird. Aus Sicht von Team Biden ist der Vorwurf ohnehin nicht ernst zu nehmen, die USA würden nach dem Abzug aus einem nicht gewinnbaren Krieg auf einem weltpolitischen Nebenschauplatz plötzlich die NATO-Verbündeten und

Möchtegern-NATO-Mitglieder in Osteuropa oder sonstige Partner im Stich lassen.

Der fortgesetzte Krieg gegen die Taliban mit deren langsamem Atem war nicht mehr im US-Interesse. Viel bedeutendere Probleme liegen in der Rivalität mit China. Biden, lange Zeit Kriegsbeifürworter, widersetzte sich letztendlich der Sicherheitsindustrie, die einen großen Anteil der geschätzt zwei Billionen Dollar US-Kriegsausgaben in die eigenen Taschen gesteckt hat. Afghanistan war ein gutes Geschäft, der Aufbau von Mädchenschulen Nebensache. Unmittelbar nach den Anschlägen von 9/11 genoss der Militäreinsatz in den USA überwältigende Zustimmung. Die paar Tausend, die durch Manhattan zogen mit einem hoffnungsvollen „Peace, Shalom, Saalam“ standen auf verlorenem Posten. Nur ein Kongressmitglied, die Demokratin Barbara Lee, stimmte am 14. September 2001 gegen die Resolution zur Autorisierung „aller notwendigen und angemessenen militärischen Maßnahmen“ gegen Nationen, die am Anschlag beteiligt waren.

Manche TV-Persönlichkeiten steckten sich die amerikanische Flagge ans Revers. Der Kalte Krieg war vorbei, den vereinigten Feind Sowjetunion gab es nicht mehr, und der neue „Krieg gegen den Terror“ würde die von 9/11 verwundete Nation zusammenkleben. Eine Zeit lang ging das. Zu Hause erlebten US-Amerikaner einen massiven Ausba des Sicherheitsstaates. Doch eben nur eine Zeit lang. Umfragen heute zeigen

mehrheitlich Zustimmung zum Abzug. Biden liegt im Trend. Auf den Fernsehbildschirmen wimmelt es nun plötzlich von Experten für Evakuierungen aus Krisengebieten. Das rechte Amerika hat es gar nicht leicht, will es Biden und den Truppenabzug kritisieren. Übertäter Donald Trump verlangte ihn seit vielen Jahren. Nach dem Blutvergießen in Kabul wittern Republikaner die Gunst der Stunde. Kritik wird zugespißt auf das „Wie“ des Abzugs.

Manche Republikaner fordern Bidens Rücktritt oder ein Impeachment, nehmen Abschied von der Gepflogenheit, dass die Politik inmitten von Krisen – und wenn es um das Wohl der Soldaten geht –, erst einmal zusammenhält. Der Kabelsender Fox News hat Alarmstufe Rot ausgerufen: Bidens Präsidentchaft sei am Wanken, hieß es, und der Kongress müsse zu einer Sondersitzung zusammentreten. Panik wird geschürt. Biden habe „keinen Plan und kei-

### Afghanistan war ein gutes Geschäft, der Aufbau von Mädchenschulen Nebensache

## Eine Guerilla hat Zeit

**Lektion** Gebraucht wird eine deutsche Außenpolitik, die sich auch in die Lage eines Gegners versetzen kann

■ **Hans-Georg Ehrhart**

Wird derzeit gefragt, weshalb die Taliban gegen das mächtigste Bündnis der Welt gewinnen konnten, zeugen offizielle Antworten von einem Kampf um die zeitgeschichtliche Deutungshoheit für eine fehlgeschlagene zwanzigjährige Intervention, die über 150.000 Tote und über zwei Billionen Dollar Kosten verursacht hat. Während die einen Nachrichtendienste als Verantwortliche ausmachen, zeigen andere auf Donald Trumps Deal mit den Taliban vom Februar 2020. Gerhard Schindler, Ex-Präsident des BND, ist so dreist, die angeblich behindernde Rechtsprechung des Verfassungsgerichts als maßgeblich für das deutsche Versagen anzuführen.

Manche Experten nennen die US-Exitstrategie als Grund, andere meinen, die NATO habe zu wenig „boots on the ground“ gehabt. Diese Urteile haben eines gemeinsam: den Irrglauben, die Intervention hätte funktioniert, wenn man es nur besser gemacht hätte. Tatsächlich resultiert das Versagen vorrangig aus mangelnder Lernbereitschaft.

Man kann angesichts vorhandener Erfahrungen sogar von pathologischem Unvermögen sprechen, denn interventionen in interne Konflikte gibt es schon lange. Externe Akteure intervenieren aus unterschiedlichen Gründen, seien sie nun geostrategischer, humanitärer oder rein machtpolitischer Natur. Trotz vielfacher negativer Erfahrung wird immer wieder die Grundregel missachtet, dass Gewaltkonflikte nicht militärisch zu lösen sind. Nach dem preußischen Kriegsphilosophen Carl von Clausewitz ist Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Das bedeutet, dass es im Krieg immer um politische Fragen geht, die diplomatischer Lösungen bedürfen. Die lange gültige Einstufung der Taliban als Terroristen, mit denen man nicht reden dürfe, war falsch, weil ideologisch verblendet. Reden ist immer besser als schießen. Zum Zweiten ist das erste Opfer des Krieges stets die Wahrheit. Von Beginn an wurde der Afghanistaneseinsatz als Erfolgsgeschichte verkauft. Eine Vielzahl hehrer Ziele wie Demokratie und Menschenrechte dienten dazu, die Intervention und ihre menschlichen und materiellen Kosten akzeptabel zu machen. Die Bundesregie-

rung benötigte neun Jahre, um zuzugeben, dass sich die Bundeswehr in einem Krieg befindet. Schönerderei und Verschleiерung erweckten einen falschen Schein, von dem sich auch ein Teil der Entscheidungsträger täuschen ließ.

Schließlich, mach nicht kaputt, was du nicht reparieren kannst: Auf Afghanistan und Fälle wie Mali bezogen, heißt das, versuche erst recht nicht zu reparieren, was bereits kaputt ist. Natürlich kann einen zerfallenen Gesellschaft dabei geholfen werden, sich zu stabilisieren. Aber zum einen muss man dann adäquate Mittel zum Aufbau anwenden, zum anderen müssen die wesentlichen Anstöße aus der betroffenen Gesellschaft selbst kommen. Eine korrupte Elite zu alimentieren, reicht nicht.

### Fremde werden Besitzer

Weiter gilt, eine Guerilla, die nicht verliert, gewinnt. Diese Lehre hat einst Henry Kissinger aus dem Vietnamkrieg gezogen. Auch wohlmeinende Interventionen werden irgendwann als Besitzer bekämpft. In Afghanistan haben das Großbritannien, die UdSSR und nun die USA schmerzlich erfahren. Das gilt besonders dann, wenn die unterstützte Regierung unfähig und korrupt ist, die Sicherheitskräfte unzuverlässig sind und die Guerilla über sichere Rückzugsgebiete verfügt. Und noch etwas gilt: Die einen haben Uhren, die anderen Zeit. Wenn externe Mächte intervenieren, dann tun sie das mit einem politischen Ziel, das in einer gewissen Zeit erreicht werden soll. Irgendwann kommt unweigerlich der Zeitpunkt, zu dem sie die Kosten im Verhältnis zum politischen Nutzen aus zu hoch einschätzen. Dann müssen die Fremden gehen, die einheimische Guerilla bleibt, um die Macht zu übernehmen.

Aus alledem ist nur eine Lehre zu ziehen: Grundsätzlich sollte es keine militarisierte Sicherheitspolitik geben, auch keinen militärisch gestützten Staatsaufbau in Ländern mit internen Gewaltkonflikten. Die Alternative besteht in einer Außenpolitik, die friedensorientiert und so selbstreflexiv ist, dass sie sich auch in die Lage eines Gegners versetzen kann.

**Hans-Georg Ehrhart** ist Senior Research Fellow am Hamburger Friedensforschungsinstitut

ANZEIGE

Unser Angebot für Print-Abonnent\*innen:

# Jetzt 30 Tage gratis den Freitag digital testen!

**GRATIS** der Freitag digital als EPaper

Für alle, die auch digital das klassische Design einer gedruckten Zeitung schätzen, gibt es den **Freitag digital jetzt auch als EPaper-App für Smartphone und Tablet**. So bleiben Sie auch mobil immer bestens informiert.

30 Tage freien Zugriff auf den Freitag digital + Unsere Freitag-Tasse als Dankeschön, wenn Sie weiterlesen + Gewinnchance auf das Peugeot-Rad LU01 aus der Legend Kollektion

**F** freitag.de/30Tage  
Tel.: 040 3007-3510

**der Freitag**  
Die Wochenzeitung